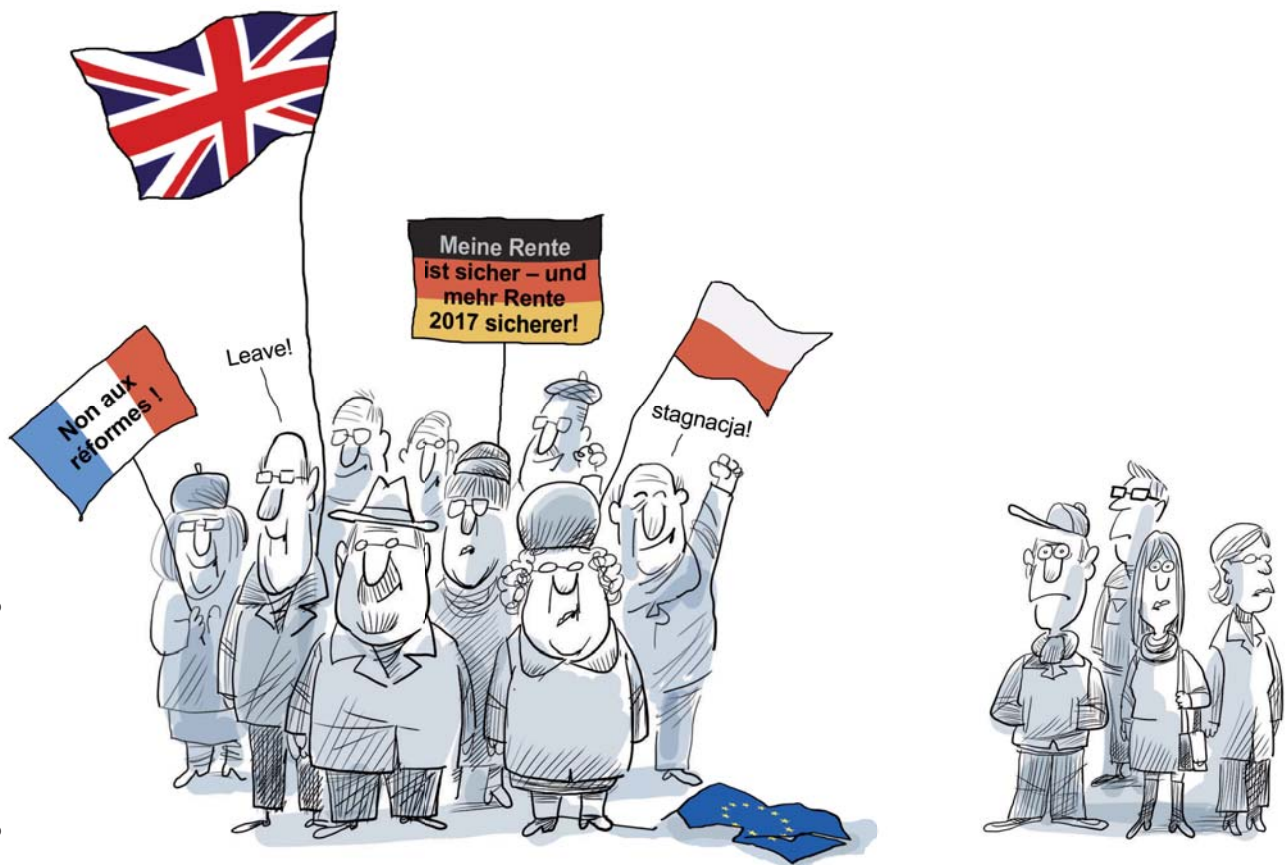


Marktwirtschaft.

Zeichnung: Heiko Sakurai/Montage



Europa sieht alt aus.

02 Alternde Gesellschaften, versteinerte Politik?
Editorial von Michael Eilfort

03 Entgrenzung des EZB-Mandats droht
Kronberger Kreis rügt Finanzausgleichsreform

04 Wolfgang Schäuble erhält Wolfram Engels-Preis
Frühjahrstreffen in Kronberg

05 Mehr Prinzipienorientierung für Europa
Auszüge aus der Erwiderung des Finanzministers

06 Tagung hinterfragt Zuwanderungspolitik
mit Peter Altmaier und Frank-J. Weise

08 Weiß der Staat alles besser?
Expertengespräch zum Nudging auf Gut Kaden

09 Von der Währungs- zur Transferunion?
Staatschuldenkrise nachhaltig angehen

10 Compliance beruht auf Gegenseitigkeit
Warum Bargeld einen bleibenden Wert hat

11 Berliner Gespäche zum Finanzplatz
Generation-D prämiert die besten Ideen

12 Bargeld ist Freiheit

Alternde Gesellschaften, versteinerte Politik?

Editorial von Prof. Dr. Michael Eilfort, Vorstand der Stiftung Marktwirtschaft



Die britische Abstimmungsmehrheit für den „Brexit“ war eine Mehrheit der Älteren. U50 war überwiegend für, Ü50 gegen die EU. Entscheidend am Ende: Viele Jüngere waren zu bequem, die Älteren dagegen nutzten ihr Wahlrecht – und dominieren Abstimmungen und öffentliche Diskussionen auch in anderen EU-Staaten.

Eines der ältesten Länder in Europa ist Deutschland. 2017 wird aller Voraussicht nach die erste Bundestagswahl mit einer Mehrheit der Wähler über 55 Jahren stattfinden! Gleich zwei Effekte, die sich verstärken, führen zu diesem Ergebnis: Zum einen der bekannte demographische Trend. Schon bei der Bundestagswahl 2013 gab es mehr als doppelt so viele Wahlberechtigte über 60 denn unter 30. Was zum anderen diese Entwicklung drastisch verschärft, ist der konstante, in Deutschland besonders ausgeprägte Zusammenhang, dass die Neigung zur Wahlbeteiligung fast linear mit dem Alter steigt: Besonders wahlfaul sind die 18- bis 29-Jährigen, besonders eifrig die 60- bis 70-Jährigen: Bei der Bundestagswahl 2013 lag der Wahleifer der älteren um 20 Prozentpunkte über dem der jüngeren Gruppe!

Ab 2017 und auf Jahrzehnte hinaus geben mit absoluter Mehrheit der abgegebenen Stimmen (noch nicht der Wahlberechtigten!) die Älteren ab 55 Jahren den Ausschlag. Das dürfte, wenn sich nicht Einstellungen und Taten verändern, Folgen haben. Im Alter über 55 sieht man – Ausnahmen bestätigen die Regel – eher Risiken statt Chancen, setzt tendenziell eher auf Status quo, Besitzstandswahrung und Sicherheit als auf Wandel, Innovation und Dynamik. Neue Infrastrukturprojekte dürften noch schwerer zu gestalten sein: „Wutbürger“ am Stuttgarter Bahnhof oder Frankfurter Flughafen waren überwiegend betagter. Und Reformen könnten fast unmöglich werden: Die ohnehin zu beobachtende Veränderungsaversion in der Bevölkerung vermag zu einer strukturellen Reformblockade zu gerinnen.

Die Wahlstrategen der Parteien richten sich auf die Alterung aus. Wenig überraschend: 2017 wird wohl „Sicherheit“ Oberthema bei der CDU, mit noch mehr Adjektiv „sozial“ bei der SPD und bei den Grünen sein. Bereits 2013 zielte

der Wahlkampf verstärkt auf Ruhe und Bewahrung: Einschläfernd, ohne Leidenschaft, Streit und Reformansagen – aber voller lockender Rentenbonbons. Rentenerhöhungen bringen eben mehr Stimmen als Bildungsverbesserungen. Die Große Koalition hat dies mit der Umsetzung ihrer kumulierten Wahlkampfversprechen 2014 auf die Spitze getrieben: Ein Rentengeschenk über insgesamt 285 Milliarden Euro für Ältere. Alle unter 50 Jahren bezahlen dafür, die Altersgruppe der heute 50- bis 70-Jährigen profitiert, in vielen Fällen mit mehreren tausend Euro „Gewinn“ pro Rentner in der Zeit des Rentenbezugs.

Was also passiert im beginnenden Bundestagswahlkampf? Es gibt den einfachen Weg, auf die Maximierung von kurzfristigem Zuspruch und Medienresonanz fixiert: Die Herren Gabriel und Seehofer sowie der Armutsdramatiker Schneider von der paritätischen Linken reden der insgesamt bestversorgten Rentnergeneration aller deutschen Zeiten mit „Erfolg“ ein, sie ginge am Stock (trotz Rentenerhöhung um 5 Prozent am 1. Juli) und gerieren sich mit neuen Rentenversprechen zu Lasten der Jungen als „Retter“.

Und es gibt den anspruchsvolleren sowie generationengerechteren Weg: Erstens verschlechtern die Jüngeren ihre eigenen Zukunftsaussichten nicht mehr durch Abwesenheit am Wahltag. Zweitens sprechen die Generationen mehr miteinander – die heutigen Rentner, die eine ordentliche Rente für ihre Lebensleistung verdient haben, sind keine Egomane, sondern meistens auch Eltern und Großeltern, denen die Zukunft der Nachkommen nicht egal ist. Drittens: Die Parteien überbieten sich nicht dabei, bequem Ältere gegen Jüngere auszuspielen, weil der Nutzen von Rentengeschenken sofort da ist, die Kosten aber erst später anfallen. Stattdessen konzentrieren sie sich auf Nachhaltigeres: Bildung, Infrastruktur, Vorbeugung neuer Altersarmut in 10 bis 15 Jahren und neuen Schwung für ein subsidiäres, vielfältiges und wettbewerbsorientiertes Europa, das Freiheit, Frieden und Wohlstand sichert – für alle Generationen!

IMPRESSUM

Dr. Susanna Hübner
(V.i.S.d.P.)

Stiftung Marktwirtschaft
Charlottenstr. 60, 10117 Berlin
www.stiftung-marktwirtschaft.de

ISSN: 1612-9725

Fotos: Kay Herschelmann

Kronberger Kreis befürchtet Entgrenzung des EZB-Mandats

Bundesverfassungsgericht urteilt nach EuGH-Urteil zum OMT-Programm

Am 16. Juni 2016 hat das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) sein Urteil über das „Outright Monetary Transactions“ (OMT)-Programm gefällt. Das OMT-Programm soll der Europäischen Zentralbank (EZB) den unbegrenzten Erwerb von Staatsanleihen ausgewählter Euro-Krisenstaaten ermöglichen. In seinem Urteil folgt nun das BVerfG – entgegen früherer Bedenken – im Ergebnis der Vorabentscheidung des Gerichtshofs der Europäischen Union (EuGH). „Vertretbar“ sei die Auslegung der Luxemburger Richter. Das OMT-Programm würde das geldpolitische Mandat der EZB nicht überschreiten. Die Bundesbank dürfe jedoch nur vorbehaltlich der Überprüfung gewisser Bedingungen am OMT-Programm der EZB teilnehmen. Beispielsweise dürfe die finanzielle Dimension des Programms nicht unbegrenzt sein und Anleihekäufe nur von denjenigen Staaten getätigt werden, die Zugang zum Kapitalmarkt haben. Bundesregierung und Bundestag müssen zudem künftig beobachten, ob das Programm die Bedingungen erfüllt.

Im Vorfeld der Entscheidung des BVerfG machte der Kronberger Kreis, wissenschaftlicher Beirat der Stiftung Marktwirtschaft, auf einen solchen gangbaren Weg aufmerksam. Nur wenige Wochen vor der mündlichen Verhandlung des BVerfG stellte der Kronberger Kreis am 25. Januar 2016 seine neueste Studie „Das entgrenzte Mandat der EZB: Das OMT-Urteil des EuGH und seine Folgen“ im Rahmen eines Pressegesprächs in Frankfurt der Öffentlichkeit vor. In der Studie, die ebenfalls in englischer Sprache erhältlich ist, wird dargelegt, dass durch das OMT-Programm in seiner ursprünglichen Form eine wirksame Abgrenzung zur wirtschaftspolitischen Zuständigkeit der Euro-Staaten nicht mehr möglich sei. „Die Marktdisziplinierung mitgliedstaatlicher Finanzpolitiken wird als ein für das System der EWU grundlegendes Prinzip weiter ausgehöhlt“, konstatieren die Wissenschaftler des Kronberger Kreises. Aus einer Krisenintervention drohe eine strukturelle Weichenstellung für die Europäische Währungsunion in die falsche Richtung zu werden. Um das Kooperationsverhältnis zwischen den Gerichten jedoch nicht zu riskieren, sah der Kronberger Kreis die Möglichkeit, dass das BVerfG dem EuGH zwar im Ergebnis, nicht aber in der Begründung folgen könnte. Durch eine abweichende Begründung kann sich das BVerfG eine gerichtliche Überprüfung von Maßnahmen der EZB anhand anders verstandener unionsrechtlicher Maßnahmen für die Zukunft vorbehalten.



Die neue Studie des Kronberger Kreises (de/en) finden Sie auf unserer Homepage: www.kronberger-kreis.de



Das entgrenzte Mandat der EZB
Das OMT-Urteil des EuGH und seine Folgen
 Schriftenreihe Band 61

Kronberger Kreis
 Lars P. Feld, Clemens Fuest,
 Justus Haucap, Heike
 Schweitzer, Volker Wieland,
 Berthold U. Wigger

Stiftung Marktwirtschaft
 (Hrsg.)
 ISBN: 3-89015-120-5

Frankfurter Allgemeine
 SONNTAGSZEITUNG

Kronberger Kreis rügt Ländervorschlag zum Finanzausgleich

„Hier droht ein Kuhhandel auf Kosten der Steuerzahler“, bilanziert der Kronberger Kreis in seinem am 12. Juni 2016 in der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung (FAS) erschienenen Gastbeitrag zur Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen. Der Vorschlag der Länder sehe auf den ersten Blick zwar wie eine grundlegende Reform aus, weil der Finanzausgleich in seiner jetzigen Form abgeschafft würde. Umverteilung fände aber in verstärktem und zudem weniger transparentem Maße über die Umsatzsteuereinnahmen statt. Anstelle einer echten Reform, die für mehr Transparenz und Steuerautonomie bei den Ländern sorgen sollte, würde der Ländervorschlag dem Bund weitere dauerhafte Transfers aufbürden und ihm die Verantwortung für finanzschwache Länder zuschieben.

Ministerpräsident Winfried Kretschmann sah sich aufgrund der Kritik des Kronberger Kreises herausgefordert, den Vorschlag der Länder öffentlich zu verteidigen. In seiner Replik, die am 19. Juni 2016 ebenfalls in der FAS erschienen ist, wirft Kretschmann dem Kronberger Kreis vor, die politische Wirklichkeit auszublenden und professoral auf das gefundene Ergebnis zu blicken. „Unser Modell tariert filigran die unterschiedlichsten Interessen der Länder aus“, schreibt Kretschmann. Wenig später gibt er das wahre Motiv preis: „Keinem Land darf es schlechter gehen als heute.“

Wolfgang Schäuble erhält den Wolfram Engels-Preis 2016

Der Bundesminister der Finanzen wird für ordnungspolitisch fundiertes Handeln ausgezeichnet



Preisträger Dr. Wolfgang Schäuble MdB, Bundesminister der Finanzen.

Der Bundesminister der Finanzen, Dr. Wolfgang Schäuble MdB, erhält den Wolfram Engels-Preis 2016. Mit ihm wird zum ersten Mal ein deutsches Regierungsmittglied und ein auf nationaler, europäischer sowie internationaler Ebene aktiver Spitzenpolitiker ausgezeichnet. Auf Wunsch von Schäuble kommt das Preisgeld in Höhe von 15.000 Euro der Hilfe für syrische Flüchtlinge in der Region zugute. Den Rahmen für die Preisverleihung bot das Jahrestreffen in Kronberg am 8. April 2016, zu dem der Stiftungsratsvorsitzende Prof. Dr. Theo Siegert die Mitstreiter aus Stiftungsrat, Kronberger Kreis, Kuratorium und Freundeskreis der Stiftung begrüßte. Dort begann 1982 das Wirken des Kronberger Kreises und der heutigen Stiftung Marktwirtschaft. Der Stiftungsratsvorsitzende nutzt die Gelegenheit, dem Kronberger Kreis, wissenschaftlicher Beirat der Stiftung, für exzellente Anstöße im vergangenen Jahr zu danken. Als jüngstes Beispiel hebt er die zeitgerecht zu den Verhandlungen des Bundesverfassungsgerichts erschienene und auf starke Medienresonanz gestoßene Studie über das „entgrenzte Mandat der EZB“ hervor, die sich mit dem OMT-Urteil befasst (s. auch S. 3).

Siegert beginnt die Trilogie der Laudationes mit dem umfassenden Thema der Ordnungspolitik sowie regelgebundenem Handeln und zitiert aus einem Vortrag Schäubles auf einer Tagung der Stiftung Marktwirtschaft: „Märkte brauchen Grenzen und Regeln, so wie Freiheit ohne Bindung sich selbst zerstört.“ Ein Grundmuster oder Leitmotiv werde bereits in Schäubles Dissertation betreut durch Prof. Dr. Fritz Rittner erkennbar: Unter bestimmten Rahmenbedingungen könnten sich demnach aus Krisen nachhaltige Ordnungsprinzipien entwickeln. In seiner Ansprache würdigt Siegert darüber hinaus auch den maßgeblichen Beitrag Schäubles in seiner Funktion als Bundesinnenminister zur Gestaltung der deutschen Einheit in Frieden und Freiheit auf Basis des Ordnungsprinzips Marktwirtschaft.

Minister Schäuble sei häufig der einzige Verbündete der Wissenschaft in politisch entscheidenden Gremien und Verhandlungen, weiß der zweite Laudator Prof. Dr. Lars P. Feld, der sich in seinem Part der Laudatio auf die deutsche Finanzpolitik konzentriert, aus Erfahrung. Er bringe die Forderung nach mehr Steuerautonomie für die Länder in die Verhandlungen um die Bund-Länder-Finanzen ein. Unabhängige Gremien wirtschaftspolitischer Beratung wie der Kronberger Kreis würden die Prioritäten kaum anders setzen: Insbesondere die Konsolidierung der Staatsfinanzen stehe an oberster Stelle. Wann, wenn nicht jetzt, sollte ein Finanzminister Schulden abbauen, fragt Feld die Gäste. Interessanterweise habe er in einer Studie gelesen, dass gerade Juristen zur soliden Finanzpolitik neigen würden. Feld würdigt Schäuble als „ersten Bundesfinanzminister mit schwarzer Null seit 1969“ und schließlich als „die letzte ordnungspolitische Hoffnung in diesem Land“. „Angepasst waren Sie, glaube ich, nie. Sie bleiben der ordnungspolitische Anker der Bundesregierung, ein Staatsmann eben.“



Der neue ifo-Präsident Prof. Dr. Clemens Fuest, ebenfalls Mitglied im Kronberger Kreis, übernimmt nach Feld den dritten Teil der Laudatio mit Blick auf das Wirken des Preisträgers in der europäischen Wirtschafts- und Finanzpolitik. Für ihn war der 11. Juli 2015 in Brüssel der entscheidende Tag zur Zukunft Griechenlands. Dort habe Schäuble gemeinsam mit anderen Finanzministern in einem sogenannten Non-paper vorgeschlagen, dass Griechenland auch aus der Eurozone austreten könnte, wenn das Land nicht bereit sei, ein akzeptables Anpassungsprogramm zu unterschreiben. Der Kronberger Kreis gehörte zu den öffentlichen Unterstützern von Schäubles Überlegungen, durch die überhaupt erst notwendiger Handlungsdruck entstand. Die IWF-Chefin Christine Lagarde habe einmal gesagt, „Wolfgang is the wisest of all German wise men.“ Darauf, auf ihn, vertrauten viele Menschen.

„Stärkere Hinwendung zu ordnungspolitischen Prinzipien in Europa gewünscht“

Auszüge aus der Erwiderung des Preisträgers auf dem traditionellen Frühjahrestreffen in Kronberg

Die Erwiderung und seinen Vortrag beginnt Bundesfinanzminister Dr. Wolfgang Schäuble MdB mit der Einschätzung, dass er die Ehrung, für die er sich bedankt, ordnungspolitisch für falsch halte. Eitelkeit sei eine der großen Versuchungen und Ordnungspolitik sollte diese Charakterschwäche doch eher eingrenzen. Insofern sei das badisch-schwäbische Prinzip, „net g'schimpft isch genug g'lobt“, für ihn völlig ausreichend.

Der Preisträger bestätigt dennoch seine Laudatoren. In der Tat seien Juristen bessere Haushaltspolitiker, da sie sich eher an Regelbindungen halten würden, als der Mainstream der Ökonomen. In der Politik, in der internationalen Finanzwirtschaft und leider auch bei der überwiegenden Mehrheit angelsächsischer Ökonomen seien die Deutschen jedoch „ziemlich unique“, was dem Bundesfinanzminister zunehmend das Leben schwer mache. „Wir sind in Europa mit unserer Position nicht ohne Weiteres mehrheitsfähig.“ Dabei sei das Maß an Volatilität und Fragilität, welches in der Weltfinanzordnung vorherrsche, besorgniserregend. „Das Ausmaß an Verschuldung und Liquiditäten auf den Finanzmärkten ist höher, als es jemals gewesen ist“, warnt Schäuble.

Europa agiere in der Globalisierung sicher unzureichend, biete aber eine bessere Antwort, als ein Versuch mit nationalstaatlichen Lösungen – das gleiche gelte auch für die Migrationskrise. „Wir brauchen europäische Lösungen, weil wir diese Herausforderungen national nicht mehr bewältigen können.“ Dass sich dabei die politische Stabilität erhöht habe, sei „eine unglaublich große Leistung der Bundeskanzlerin Angela Merkel, für die sie zu recht überall bewundert wird.“ Gerade mit Blick auf Griechenland sei es erforderlich – wenn auch zuweilen äußerst mühsam –, die eigenen Prinzipien konsensfähig zu machen oder zumindest Kompromisse zu finden, damit Europa handlungsfähig ist. „Allein gegen alle ist keine Lösung“, weiß der international erfahrene Finanzpolitiker.



Preisträger u.a. mit Jury: Prof. Dr. Lars P. Feld, Prof. Dr. Theo Siegert, Dr. Rainer Hildmann, Bundesfinanzminister Dr. Wolfgang Schäuble MdB, Prof. Dr. Clemens Fuest, Prof. Dr. h.c.mult. Nikolaus Schweickart und Prof. Dr. Michael Eilfort (v.l.).

„Ich würde mir allerdings eine viel stärkere Hinwendung in Europa zu ordnungspolitischen Prinzipien wünschen“, vertritt das Regierungsglied. Die Unabhängigkeit der EZB sei ihm dabei ein hohes Gut. Dennoch sehe er Auswirkungen ihrer Politik auch auf die Wahlergebnisse in Deutschland. „Wenn man aber für die Unabhängigkeit einer Institution ist“, so Schäuble, „muss man ihre Entscheidungen akzeptieren, auch wenn sie nicht gefallen. Sonst ist man weder demokratie- noch europafähig.“ Er dränge darauf, in diesem Punkt sei er mit dem EZB-Präsidenten Mario Draghi einig, Strukturereformen in Europa durchzusetzen. Dies führe ihn zum Abschluss zu Friedrich Hölderlin und folgendem Zitat, das die Arbeit der Ordnungspolitik und auch das Anliegen der Stiftung Marktwirtschaft umspanne: „Wo aber Gefahr ist, wächst das Rettende auch.“

web

Mehr zum Wolfram Engels-Preis und seinen Preisträgern finden Sie unter: www.stiftung-marktwirtschaft.de



Dr. Rainer Hildmann, Prof. Dr. Michael Eilfort, Prof. Dr. Theo Siegert, Bundesfinanzminister Dr. Wolfgang Schäuble MdB, Prof. Dr. h.c. mult. Nikolaus Schweickart und Prof. Dr. Lars P. Feld (v.l.).

Tagung Migration, Konfusion, Integration?

Zuwanderungspolitik zwischen humanitärer Verpflichtung und ökonomischer Vernunft



Peter Altmaier MdB, Chef des Bundeskanzleramtes und Bundesminister für besondere Aufgaben.

Die Flüchtlingskrise stellt Europa und insbesondere Deutschland vor besondere Probleme. Allein im vergangenen Jahr kamen hunderttausende Menschen auf der Suche nach Schutz vor Krieg und Verfolgung, aber auch in der Hoffnung auf bessere ökonomische Chancen und eine im Vergleich zu ihren Herkunftsländern großzügigere soziale Absicherung nach Deutschland. Die Nettozuwanderung stieg dadurch auf gut 1,1 Mio. Personen. Auch wenn die Zahl der schutzsuchenden Neuankömmlinge seit einigen Monaten nicht mehr die Rekordstände des letzten Jahres erreicht, sind viele der anstehenden Aufgaben noch nicht bewältigt. Das betrifft neben der langen Dauer der Asylverfahren vor allem die möglichst schnelle Integration bleibeberechtigter Flüchtlinge in den Arbeitsmarkt und unsere Gesellschaft. Hierin liegt die eigentliche ökonomische Herausforderung des Flüchtlingszustroms für Deutschland. Sollten eine schnelle Integration scheitern und die Flüchtlinge dauerhaft und überwiegend auf soziale Transferleistungen angewiesen sein, wären erhebliche fiskalische Lasten die Folge.



Um die aktuelle Situation des Flüchtlingszustroms zu diskutieren und nach geeigneten Lösungswegen für seine Bewältigung zu suchen, hat die Stiftung Marktwirtschaft am 12. April 2016 renommierte Experten aus Politik, Wissenschaft und Verwaltung nach Berlin zur Tagung „Migration, Konfusion, Integration? Zuwanderungspolitik zwischen humanitärer Verpflichtung und ökonomischer Vernunft“ eingeladen.

Peter Altmaier MdB, Chef des Bundeskanzleramtes und Bundesminister für besondere Aufgaben, erläuterte die Strategie und Vorgehensweise der Bundesregierung in der Flüchtlingskrise. Dabei betonte er zunächst die Unterscheidung zwischen gesteuerter, in erster Linie an Arbeitsmarktkriterien orientierter Zuwanderung und der durch Bürgerkrieg und Verfolgung verursachten Flüchtlingsmigration. Angesichts der drohenden humanitären Katastrophe habe



Auf dem Podium: reger Austausch zu einem kontroversen Thema.

Deutschland als großes und ökonomisch gut aufgestelltes Land mit europäisch-christlicher Prägung im Herbst 2015 keine andere Alternative gehabt, als die Grenzen offen zu halten. Auch unter geo-strategischen Aspekten sei dies die richtige Entscheidung gewesen. Ein weiterer Schwerpunkt seiner Ausführungen waren die im März beschlossenen Vereinbarungen zwischen der Europäischen Union und der Türkei. Diese seien ein wichtiger erster Schritt, da man das Flüchtlingsproblem nicht ohne Einbeziehung des Haupttransitlandes Türkei lösen könne, argumentierte Altmaier.

Frank-J. Weise, Vorstandsvorsitzender der Bundesagentur für Arbeit und Leiter des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF), ging auf die Situation der Flüchtlinge in Deutschland ein und skizzierte die Herausforderungen für die Verwaltung. Von zentraler Bedeutung sei eine deutliche Verkürzung der Dauer der Asylverfahren, nicht zuletzt

um die dringend notwendige Arbeitsmarktintegration der Flüchtlinge zu befördern. Für das BAMF formulierte er daher das Ziel, im Jahr 2016 eine Million Asylverfahren zu entscheiden – fünfmal mehr als im Vorjahr – und erläuterte einige der dazu eingeleiteten Maßnahmen.

Zu Beginn der Veranstaltung hatten bereits Prof. Dr. Herbert Brücker (IAB) und Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen (Universität Freiburg) den Flüchtlingszustrom und seine ökonomischen Auswirkungen aus wissenschaftlicher Perspektive analysiert. Brücker konzentrierte sich dabei auf den deutschen Arbeitsmarkt und die heterogenen, teils unzureichenden Bildungs- und Qualifikationsstrukturen der Flüchtlinge. Auch wenn zahlreiche Ergebnisse noch vorläufig seien oder auf der Fortschreibung bisheriger Daten beruhten, müsse man realistisch davon ausgehen, dass die Arbeitsmarktintegration der Flüchtlinge kein Selbstläufer werde. Daher empfahl er der Politik u.a., besondere Anstrengungen bei der Vermittlung von Sprachkompetenzen und arbeitsmarktrelevanten beruflichen Qualifikationen zu unternehmen. Nur so ließen sich die Fehler der Vergangenheit vermeiden.

Ein noch deutlich pessimistischeres Bild zeichnete Raffelhüschen, der die durch den Flüchtlingszustrom zu

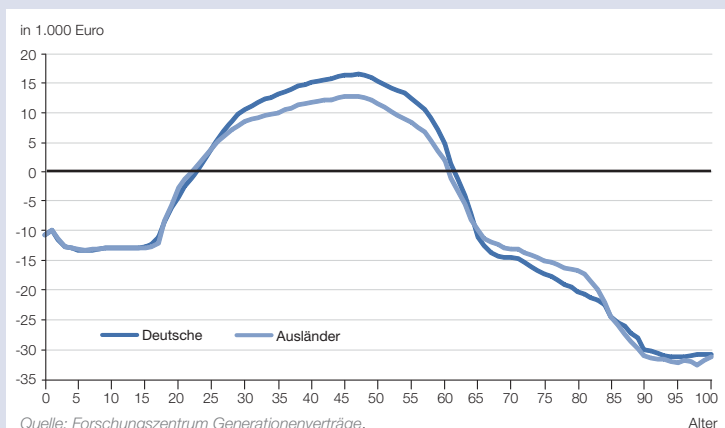
erwartenden langfristigen fiskalischen Kosten mit dem Instrument der Generationenbilanz ins Visier nahm (vgl. Kasten unten). Er befürchtete, dass der Flüchtlingszustrom zu einer Erhöhung der Nachhaltigkeitslücke um gut 30 Prozentpunkte des BIP führen würde, was dauerhaften jährlichen Mehrkosten von rund 17 Mrd. Euro entspreche. Demgegenüber ließe sich nur mit einer gesteuerten und klar an den Anforderungen des Arbeitsmarktes ausgerichteten Zuwanderung eine fiskalische Dividende in Form einer verringerten Nachhaltigkeitslücke erzielen. Im Rahmen der abschließenden Podiumsdiskussion diskutierten Dr. Matthias Ruete, Generaldirektor der Generaldirektion Migration und Inneres der Europäischen Kommission, Dr. Carsten Linnemann MdB, Bundesvorsitzender der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU, Luise Amtsberg MdB, Sprecherin für Flüchtlingspolitik der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen sowie Dilek Kolat MdA, Senatorin für Arbeit, Integration und Frauen des Landes Berlin, darüber, wie man den Herausforderungen der Flüchtlingsmigration am besten begegnen könne.



Den Bericht zur Tagung finden Sie demnächst auf unserer Homepage: www.stiftung-marktwirtschaft.de

Nettosteuerzahlungen (inkl. Sozialversicherungen) im Jahr 2014 nach Alter und Nationalität

Methodischer Ausgangspunkt der Generationenbilanz sind – neben einer Fortschreibung der Bevölkerungsentwicklung – die Nettosteuerzahlungsprofile. Sie geben die durchschnittlichen Nettozahlungen bzw. -transfers aller Alterskohorten gegenüber dem Staat für ein Betrachtungsjahr an. Wie die Abbildung zeigt, verlaufen die Nettosteuerzahlungsprofile von Deutschen und in Deutschland lebenden Ausländern grundsätzlich ähnlich. Allerdings leisten Ausländer im Durchschnitt während des Erwerbslebens niedrigere Nettozahlungen an den Staat inklusive Sozialversicherungen, erhalten im Alter aber annähernd gleich hohe Transfers.



Vor diesem Hintergrund liegen die drohenden fiskalischen Auswirkungen schlechter Bildung und einer ungenügenden Arbeitsmarktintegration der Flüchtlinge auf der Hand: Wer aufgrund fehlender Sprachkenntnisse oder unzureichender beruflicher Qualifikationen keinen oder einen nur schlecht bezahlten Arbeitsplatz findet, leistet während seines Erwerbslebens vergleichsweise niedrige Nettozahlungen an den Staat, ohne dass sich die im Alter empfangenen staatlichen Nettotransfers, die u.a. durch Gesundheits- und Pflegeleistungen beeinflusst werden, in gleichem Maße verringern.

Weiß der Staat alles besser?

Zwischen sinnvoller Marktregulierung und planwirtschaftlicher Bevormundung

4. Expertengespräch auf Gut Kaden diskutiert das Anstupsen („Nudging“) durch den Staat

Staatliche Regulierung aus Gründen des Verbraucherschutzes steht nicht nur bei vielen Politikern traditionell hoch im Kurs. Schließlich lässt sich vordergründig erst einmal wenig dagegen einwenden, potentiellen Schaden von den Menschen abzuhalten oder sie zu gesellschaftlich gewünschtem Verhalten anzuhalten – was auch immer das im Einzelfall heißen mag. Außerdem sind entsprechende Regulierungseingriffe aktiver Nachweis einer sich um das Wohl der Bürger „kümmernden“ Politik, mit der man in Wahlkämpfen zu punkten hofft, zumal das subjektive Schutzbedürfnis vieler Bürger angesichts einer immer globaler und damit auch komplexer werdenden Welt eher zu- als abnimmt.



Doch wie verträgt sich eine solche Politik mit den Grundprinzipien Freiheit, Eigenverantwortung und Konsumentensouveränität? Verleitet eine Politik, die zumindest implizit damit wirbt, den Einzelnen vor den Gefahren und Wechselfällen des Lebens schützen zu können, nicht zu Bequemlichkeit bis hin zu selbst gewählter Unmündigkeit? Und wann wird aus sinnvollem Schutz Gängelung und Bevormundung der Bürger durch den Staat? Diese und weitere Fragen diskutierte die Stiftung Marktwirtschaft mit renommierten Experten am 4. März 2016 bei den vierten Kadener Gesprächen in der Nähe von Hamburg. Gastgeber des von Josef Joffe Ph.D. (Die Zeit) moderierten Fachgesprächs war Dr. Lutz Peters, Kuratoriumsmitglied der Stiftung Marktwirtschaft.

Ein zentraler Schwerpunkt der Diskussion lag auf der Frage, mit welchen Instrumenten man Verbraucherschutzpolitik betreiben sollte. Gerd Billen, Staatssekretär im Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz, sprach sich u.a. dafür aus, nicht automatisch alles durch eine gesetzliche Regelung lösen zu wollen, sondern auch andere, weniger weitreichende Eingriffe in Erwägung zu ziehen. Verbraucherpolitik habe viele verschiedene Instrumente und man müsse jeweils analysieren, welches das geeignete sei.

Besonderes kontrovers wurde im Verlauf der Tagung ein vergleichsweise neuer, verhaltensbasierter Regulierungsansatz diskutiert, der auch in der Politik zunehmend Beachtung findet – das sogenannte Nudging („Anstupsen“). Ausgangspunkt dieses Konzeptes sind empirische Analysen, die zeigen, dass das Bild des mündigen, rational entscheidenden Konsumenten in vielen Fällen keine valide Beschreibung der Realität ist. Statt dessen treffen Verbraucher immer wieder – auch aus ihrer eigenen Sicht – suboptimale Entscheidungen. Prof. Dr. Lucia Reisch, Vorsitzende des Sachverständigenrates für Verbraucherfragen, plädierte daher dafür, dass der Staat die Erkenntnisse der Verhaltensökonomie zum Wohle der Verbraucher nutzen solle. Mit gezielten „Stupsen“ könne der Staat bei vielen Menschen auf eine vernünftige, gesunde und ressourcenschonende Lebensweise hinwirken, ohne dabei ihre Entscheidungsfreiheit einzuschränken. Kritiker wie Dr. Rainer Hank (Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung), Prof. Dr. Bruno S. Frey (Research Director CREMA) oder Prof. Dr. Jan Schnellenbach (Brandenburgische Technische Universität Cottbus-Senftenberg) warnten hingegen vor einer intransparenten und demokratisch nur unzureichend legitimierten Bevormundung der Bürger durch den Staat. Der Verbraucher sei zwar in der Tat kein „homo oeconomicus“, aber bei weitem nicht so unmündig, wie es die Befürworter des Nudging-Ansatzes unterstellten. Zudem sei auch der politische Prozess selbst keineswegs immer rational und frei von Verhaltensanomalien. Staatliche Nudges müssten daher nicht zwingend im Interesse der Bürger liegen. Prof. Dr. Ralph Hertwig, Geschäftsführender Direktor des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung, stellte schließlich mit dem Konzept des „Boosting“ einen Ansatz vor, der die Verbraucher nicht direkt in eine bestimmte, vom Staat vorgegebene Richtung „stupsen“, sondern sie zu besseren eigenverantwortlichen Entscheidungen befähigen möchte.



web

Den Bericht zur Tagung finden Sie demnächst auf unserer Homepage: www.stiftung-marktwirtschaft.de

Von der Währungs- zur Transferunion in der EU-Staatsschuldenkrise

Publikationen zur Staatsverschuldung warnen vor grenzüberschreitender Solidarhaftung



Von der Währungs- zur Transferunion

Argumente zu Marktwirtschaft und Politik, Nr. 132

Jörg König

Stiftung Marktwirtschaft (Hrsg.)
ISSN: 1612 – 7072

Das Wirtschafts- und Friedensprojekt Europa wird dauerhaft nur gelingen, wenn grundlegende Prinzipien wie Freiheit, Wettbewerb und Verantwortung gewahrt und Stabilität, Rechtssicherheit und Wohlstand nachhaltig gefördert werden. In Europa sind (eigen-)verantwortlich handelnde Mitgliedstaaten und Institutionen jedoch selten geworden: Regeln werden wiederholt gebrochen, Marktpreise substantiell verzerrt, Reformen erneut vertagt und Sanktionsandrohungen nicht konsequent weiterverfolgt. Allein gegen die Defizitregel wurde seit Bestehen des Euro in der Eurozone über 100 Mal verstoßen – EU-weit sogar 166 Mal –, ohne dass es jemals zu den vertraglich vorgesehenen Sanktionen kam. Von den seit 2011 im Rahmen des Europäischen Semesters ausgesprochenen 630 länderspezifischen Reformempfehlungen wurden lediglich sieben vollständig umgesetzt.

Statt Anreize zur öffentlichen Verschuldung zu reduzieren und ein Abwälzen der Kosten auf andere EU-Staaten einzudämmen, schreitet Europa weiter in Richtung Schuldengemeinschaft. Wie die Studie „Von der Währungs- zur Transferunion“ der Stiftung Marktwirtschaft analysiert, haben unsolide Haushaltspraktiken der Mitgliedstaaten, Konstruktionschwächen der Europäischen Währungsunion, induzierte Fehlanreize einiger „Rettungsaktionen“ und der fiskaldominierte Aktionismus der Europäischen Zentralbank die Steuerzahler Europas in eine grenzüberschreitende Solidarhaftung getrieben: Seit 2010 wurden mehr als eine Billion Euro Haftungsrisiken aufgebaut. Allein für die vermeintliche Griechenland-„Rettung“, deren Ausgang nach wie vor ungewiss ist, steht Europa mit über 400 Milliarden Euro in Solidarhaftung. Veränderung tut Not!



Staats-schuldenkrise in Europa nachhaltig angehen

Kurzinformation

Jörg König

Stiftung Marktwirtschaft (Hrsg.)

Wie auch die Kurzinformation „Staats-schuldenkrise in Europa nachhaltig angehen“ der Stiftung Marktwirtschaft betont, würde die von der Europäischen Kommission und den mediterranen Mitgliedstaaten anvisierte Fiskalunion derzeitige Fehlanreize nur verstärken. Die Mitgliedstaaten sind nicht zu einem substantiellen Souveränitätsverzicht bereit und so bekäme ein europäisches Schatzamt zwar ein großes Budget, aus dem sich die Staaten nur zu gern bedienen möchten. Es erhielte aber kaum nationale Durchgriffsrechte, um fiskalisches Vergehen zu korrigieren und Finanzpolitik effizient zu koordinieren. Solange Haftung und Kontrolle auseinanderfallen, wird sich Europa jedoch nicht zu der einst versprochenen und wünschenswerten Stabilitätsunion entwickeln.

Aufbauend auf dem Konzept „Maastricht 2.0“ und ergänzt um neue Vorschläge wirbt die Stiftung Marktwirtschaft daher dafür, das Ausmaß der fiskalischen Solidarhaftung zu reduzieren, bestehende Regeln und Eigenverantwortung zu stärken und Marktverzerrungen zu beseitigen. Hierfür sollten unter anderem eine Staateninsolvenzordnung, verbindliche Pfandklauseln sowie nachrangige Anleihen für Staaten eingeführt werden. Dadurch würden sowohl das Prinzip der Gläubigerhaftung als auch der Schuldnerhaftung gestärkt und Anreize zur übermäßigen Verschuldung abgebaut. Darüber hinaus bedarf es einer Entpolitisierung des EU-Sanktionsverfahrens, einer engeren Auslegung des EZB-Mandats sowie Nachbesserungen bei der Bankenunion, um das Projekt Europa wieder zukunftsfähig zu gestalten und die Staatsschuldenkrise tatsächlich nachhaltig zu bewältigen.



Die Studie (Argument Nr. 132) finden Sie auf unserer Homepage: www.stiftung-marktwirtschaft.de

web

Die Kurzinformation finden Sie auf unserer Homepage: www.stiftung-marktwirtschaft.de

Regeltreue durch den Staat!

Compliance beruht auf Gegenseitigkeit



Staatscompliance – Rechtstreue ist keine Einbahnstraße

Argumente zu Marktwirtschaft und Politik, Nr. 134

Barbara Bültmann

Stiftung Marktwirtschaft (Hrsg.)
ISSN: 1612 – 7072

Die Asymmetrie zwischen den Anforderungen des Steuerstaates an den Steuerpflichtigen einerseits und der Erfüllung seiner eigenen Maßstäbe durch diesen Staat andererseits wächst. Mangelnde Transparenz und Auskunftsbereitschaft, Nichtanwendungserlasse höchstrichterlicher Rechtsprechung, immer neue Berichte von dem – rechtlich zumindest fragwürdigen – Erwerb von Steuer-CDs, der Einsatz von Flankenschutzfahndern und wachsende Bürokratie erwecken den Eindruck, der Fiskalstaat halte sich – zur Wahrung des Steueraufkommens – zuweilen nur eingeschränkt an seine eigenen Vorgaben. Gleichzeitig erschwert der Staat dem Bürger die Regelbefolgung (Compliance) durch die Unverständlichkeit der Regelungsinhalte. Der Steuerpflichtige würde dem geltenden Recht folgen wollen – wenn er nur wüßte, wie.

Mangelhafte Regeltreue durch den Staat belastet das Verhältnis zum Bürger und befördert wiederum Regelbrüche beim Bürger. Welchen Anforderungen müsste der Steuerstaat genügen? Wie lässt sich mehr Transparenz und Rechtssicherheit erreichen? Sollte sich die Gesetzgebung nicht eher am ehrlichen Steuerzahler orientieren, statt über Missbrauchsgesetzgebung dem Steuerpflichtigen Stolpersteine in den Weg zu legen?

Diesen und anderen Fragen geht die Stiftung Marktwirtschaft in der neuen Publikation „Staatscompliance – Compliance ist keine Einbahnstraße“ aus der Reihe Argumente zu Marktwirtschaft und Politik nach.

web

Die Studie (Argument Nr. 134) finden Sie in Kürze auf unserer Homepage: www.stiftung-marktwirtschaft.de

Bargeld ist geprägte Freiheit

Warum Bargeld einen bleibenden Wert hat



Bares ist Wahres

Argumente zu Marktwirtschaft und Politik, Nr. 136

Jörg König

Stiftung Marktwirtschaft (Hrsg.)
ISSN: 1612 – 7072

Der Abschaffung des 500-Euro-Scheins sollen in Europa bald einheitliche Obergrenzen für Barzahlungen folgen. Durch die Einführung einer Bargeldobergrenze im mittleren vierstelligen Bereich sieht sich die Politik im ehrenhaften Kampf gegen Schattenwirtschaft, Korruption und Terrorismusfinanzierung gestärkt. Um Verlagerungen auf Nachbarländer zu vermeiden, müsse eine EU-weite Vereinheitlichung her. Soweit die offizielle Begründung.

In der Publikation „Bares ist Wahres“ bewertet die Stiftung Marktwirtschaft die offiziell kommunizierten Motive und geht den eigentlichen Triebfedern der geplanten Bargeldeinschränkungen nach. Weniger die Bekämpfung von Kriminalität steht demnach im Vordergrund der Initiative als der Wunsch nach mehr Kontrolle. Ein gläserner Konsument ist dabei nicht nur für das neue Zahlungsmittel „Big Data“ von zweifelhaftem Wert. Eine bargeldlose Gesellschaft wäre der Zinspolitik der Europäischen Zentralbank und den Gebühren von Finanzdienstleistern vollständig ausgeliefert – der Bürger als Marionette von Inflationstreibern, Schuldenfinanzierern und Abkassierern.

Nicht gerechtfertigten Eingriffen in Freiheitsrechte stehen kaum nennenswerte Effekte für die Prävention von Kriminalität gegenüber. Geldwäsche in großem Stil wird durch eine Bargeldobergrenze nicht verhindert und Steuerhinterziehung sowie Terrorismusfinanzierung finden bereits heute andere Wege – zumeist in elektronischer Form. Bargeldeinschränkungen behindern zudem marktwirtschaftliche Prozesse, wie Beispiele in Ländern mit bereits existierenden Bargeldobergrenzen zeigen. Bares ist und bleibt hoffentlich Wahres – so wie es über 80 Prozent der deutschen Bevölkerung sieht.

web

Die Studie (Argument Nr. 136) finden Sie in Kürze auf unserer Homepage: www.stiftung-marktwirtschaft.de

Staatssekretär Thomas Steffen vom Bundesministerium der Finanzen zu Gast Berliner Gespräche zum Finanzplatz Deutschland in der Hessischen Landesvertretung



StS. Dr. Thomas Steffen und Staatsministerin Lucia Puttrich MdL.

Die Reihe der Stiftung Marktwirtschaft und der Hessischen Landesregierung „Berliner Gespräche zum Finanzplatz Deutschland“ wurde im Februar fortgesetzt. Mit der Aufgabe, das aktuelle Arbeitspensum des Bundesfinanzministeriums von A bis Z zu behandeln, griff sich Staatssekretär Dr. Thomas Steffen aktuelle Herausforderungen von A wie Athen bis

E wie Einlagensicherung heraus. Den anwesenden Vertretern aus dem Finanzmarktbereich, die auf Einladung von Lucia Puttrich MdL, Staatsministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten, und Stiftungsvorstand Prof. Dr. Michael Eilfort in die Berliner Landesvertretung gekommen waren, bot er an, bei einem weiteren Zusammentreffen auch die zahlreichen anderen Aufgaben bis Z wie Zuwanderung zu diskutieren.

Der unter anderem für Europa- und Finanzmarktpolitik zuständige Staatssekretär stellte gleich zu Beginn seines Vortrags klar, dass es für Griechenland nur noch Geld gebe, wenn die Auflagen erfüllt werden. Es ginge nun einmal nicht ohne Einschnitte. Das Bundesministerium der Finanzen habe dabei großes Interesse an der Tragfähigkeit der Finanzen. Man habe keine Transferunion eingeleitet. Die Kredite müssten zurückgezahlt werden. Eine Europäisierung der Einlagensicherung lehne die Bundesregierung ebenfalls ab. Hier sei die „Rechtsgrundlage völlig verfehlt“. Steffen sieht die Krise noch nicht gänzlich überwunden und die Gefahr einer weiteren ähnlich groß wie sein Vorgesetzter Dr. Wolfgang Schäuble: „Eine weitere Bankenkrise könnte die Demokratie in Gefahr bringen.“

Generation-D prämiert kreative Ideen

Der Ideen- und Start-up-Wettbewerb für Studierende

Zum achten Mal hat der Ideen- und Start-up-Wettbewerb Generation-D Studententeams ausgezeichnet, die mit innovativen und nachhaltigen Ideen ein aktuelles ökonomisches oder gesellschaftliches Problem lösen möchten. Die Jury bewertet die Einreichungen dafür anhand von drei Kriterien: Innovation und Kreativität, gesellschaftlicher Mehrwert und Umsetzbarkeit. In der Kategorie Umwelt hat in diesem Jahr das Start-up PEAT mit seiner App „Plantix“ diese Kriterien beispielhaft erfüllt. Das Programm diagnostiziert Pflanzen-



krankheiten durch Fotoaufnahmen mit dem Smartphone und bietet zugleich Therapievorschläge an. Um die Projekte insbesondere auf der zu Beginn häufig üblichen Durststrecke von Start-ups zu unterstützen, erhalten die Gewinner neben dem Preisgeld von insgesamt 10.000 Euro eine individuelle Beratung von A.T. Kearney sowie von der Social Entrepreneurship Akademie. Gegründet wurde Generation-D im Jahr 2008 von den Projektpartnern Bayerische EliteAkademie, Allianz SE, Süddeutsche Zeitung und Stiftung Marktwirtschaft.





Für einen stabilen, starken und freien Euro: Bargeld ist Freiheit!

Das Gemälde „Die Freiheit führt das Volk“ von Eugène Delacroix war jahrzehntelang in Frankreich auf dem 100-Francs-Schein zu sehen – Bargeld ist eben auch **Freiheit für das Volk**. Der Abstieg des Euros würde mit dem Einstieg in den Ausstieg aus dem Bargeld eine neue Dimension erreichen: Die Europäische Zentralbank beschloss parallel zur Diskussion über Bargeldobergrenzen die Abschaffung des 500-Euro-Scheins. Ein harmloser, natürlich gut gemeinter Schritt oder ein Warnsignal? Zuvor hatte der Euro an Substanz (Aderlass vornehmlich in Athen) und an Vertrauen verloren (Ignorieren seiner Regeln in fast allen europäischen Hauptstädten).



Quelle: Europäisches Verbraucherzentrum, Stand Februar 2016.

Im Februar schien nun auch die Bundesregierung die euro-päische Währung anzugehen, als sie den Plan einer Bargeldobergrenze für Deutschland verkündete – mit dürftig anmutender Begründung: Terrorismus und Geldwäsche. Leider haben französische Kontrollen und Bargeldgrenzen Terroranschläge nicht verhindern können – und in Italien, das seit 2011 eine eng gesetzte Obergrenze hat, gibt es die Mafia dem Vernehmen nach immer noch. Der erste deutsche Angriff auf das Bargeld zeigt wohl eher, worum es in Wahrheit gehen dürfte: Statt (Greif-)Barem für Bürger eine technische Zahlungseinheit im Dienst von Überwachern, Datensammlern und zwanghaften Keynesianern, insbesondere in Brüssel, Frankfurt und dem Süden der EU. Es scheint zu verlockend, ohne breite öffentliche Diskussionen und Rechenschaft an großen Rädern drehen und dabei sicher sein zu können, dass sich niemand dem Zugriff und damit einer Quasi-Konsumpflicht durch Negativzinsen entziehen kann.

Nach einigem Widerstand wurde der Ball nach Brüssel gespielt, wo die EU-Kommission eine europaweite Harmonisierung prüfen soll. Honi soit, qui mal y pense! Auch bei europäischer Wiedervorlage in der zweiten Jahreshälfte 2016 stellen sich Fragen: Hat, erstens, Europa mit dem und um den Brexit nicht Wichtigeres zu regeln? Zweitens, mit einem Blick auf die nebenstehende Graphik, die zeigt, dass es Bargeldobergrenzen bislang nur in (rot markierten) Staaten gibt, die fast alle durch schlechte Platzierungen im Korruptionsindex und/oder durch übermäßige Schulden und geringe Reformbereitschaft auffallen: Wie ist es zu verstehen, dass die Bundesregierung Deutschland in den Kreis dieser Länder einbeziehen will?